

Guatemala Stadt – Ende November 2021

## Notizen eines deutschen Anwalts in

### Guatemala (74)

Im Januar haben die Notizen das Jahr mit einigen Reflexionen zu Themen wie Migration, Richterwahlen, COVID, Frauenmorde, FECl, Straflosigkeit und last not least der Rolle der USA in der Region begonnen. Die Idee war, eine Grundlage zu schaffen für das, was während des Jahres zu passieren drohte. Jetzt sitze ich an den letzten Notizen des Jahres und es gibt nichts Gutes zu berichten. Ich nehme das zum Anlass, einige Reflektionen<sup>1</sup> aus einem Artikel von Ramón Cadena<sup>2</sup> zum Gegenstand dieser Kolumne zu machen:

„In Guatemala ist der Rechtsstaat dabei auszusterben, während der autoritäre Staat sich reproduziert und jeden Tag fetter wird. (...) Das ist kein neues Phänomen, weder in Guatemala noch in Lateinamerika; es hat immer existiert und dabei eine Scheinlegalität aufrechterhalten. (...) Neu ist aber die Omnipräsenz eines Akteurs (der organisierten Kriminalität), der seine Tentakel bewegt bis er über einen autoritären

---

<sup>1</sup> Das Original findet sich auf [prensacomunitario.org](http://prensacomunitario.org): „El Estado autoritario sigue engordando“. Die Übersetzung ist da etwas freier, wo es mir zum besseren Verständnis angeraten erschien.

<sup>2</sup> Er ist Direktor der Internationalen Juristenkommission (CIJ) für Zentralamerika, die ihren Hauptsitz in Genf hat. Es ist sicher kein Zufall, dass gerade er zusammen mit zwei anderen Anwälten (Rafael Maldonado und Juan Castro), die für ihren Einsatz für die Opposition gegen die Nickelmine CGN und ihre verschiedenen Satelliten (Notizen 73) vom MP verfolgt wird. Radio Sonora, schon immer als Komplize dieses Systems und seiner Verwerfungen bekannt, veröffentlichte in etwas steifem Spanisch am 24.11. die Meldung, dass den dreien vorgeworfen wird „Unterschriften gefälscht zu haben gegen das Recht auf Betreibung einer Mine“. Sonora teilte ausserdem mit, dass unsere sog. Generalstaatsanwältin an diesem Tag persönlich in Estor weilte, um sich mit Bewohnern der Region zu treffen, „um voran zu kommen in dem Verfahren gegen die drei Anwälte“. Die „authentischen Bewohner“, die sie traf waren vor allem

Staat verfügt, der geimpft ist gegen jeden legalen Versuch, ihn aus dem Ring zu werfen.

Der autoritäre Staat füllt die öffentlichen Räume mit falschen Büsten und Denkmälern, die Diktaturen und repressiven Regierungen die Ehre erweisen; seine moderne Version stammt aus dem Neoliberalismus und soll die Menschen zwingen, seine Ungerechtigkeiten zu schlucken.

Die Funktionäre des autoritären Staates benutzen systematisch das, was wir „legalen Betrug“ nennen, um sich der eigenen Verantwortung zu entziehen (...), aber immer unter dem Anschein einer gewissen formellen Legalität. Diejenigen, die die Macht im autoritären Staat besetzt halten, benutzen den „legalen Betrug“ dazu, uns verschmitzt und gleichzeitig schamlos zuzurufen, wir sollen gefälligst den Rechtsstaat respektieren und seine Mittel nutzen, während sie ohne jede richterliche Kontrolle delinquieren.

Sie benutzen ihre „Autorität“ auch, um uns zu verbieten, uns auf das verfassungsrechtlich verbrieftete Recht auf Widerstand zu berufen oder gar auf unser Recht zu Auflehnung und Aufstand, das implizit im Eid des Präsidenten enthalten

Beschäftigte der Mine und von dieser ausgehaltene örtliche Autoritäten. Die drei Anwälte hatten im Namen der betroffenen Q'eqchi'-Gemeinden Rechtsmittel gegen verschiedene Massnahmen wie z.B. den für die Region ausgerufenen Notstand eingelegt. Selbstverständlich nutzte unsere Staatsanwältin ihren Besuch in Estor nicht, um ein anderes Ermittlungsverfahren voranzubringen und die 92 Familien der Gemeinde Chinabal zu besuchen, die in der Vorwoche von der Polizei zwangsgeräumt wurden auf Geheiss der sattsam bekannten Familie Maegli mit Riesenmonokulturen der afrikanischen Palme für ihre Firma „Naturaceites“. Nur dass sie nicht nur geräumt wurden, sondern ihr gesamtes Hab und Gut mit ihren Häusern in Flammen aufging, die im Beisein der Polizei von Maeglis Leuten gelegt wurde. Die Polizei belies es bei der Erklärung, „wir waren das nicht, die diese Vandalenakte begangen haben, das waren die Sicherheitsleute von den Maeglis“, sagten aber nichts dazu, warum sie nicht einschritten.

ist... Stattdessen bedrohen sie uns mit dem „Gesetz in der Hand“ und der „Strafgewalt des Staates“, wenn wir von Widerstand oder Rebellion reden, was für die Lakaien des autoritären Staates bedeutet, dass sie jetzt „mit exzessiver Gewalt“ Gewehr und Kugeln nutzen dürfen. Natürlich wird dann niemand festgenommen und Straflosigkeit ist garantiert.

Dieser autoritäre Staat verfügt scheinbar über Gewaltenteilung, richterliche Unabhängigkeit und einen Rechtsstaat, um die Regierenden zu kontrollieren. (...) Aber alles ist Schall und Rauch, nichts ist wirklich. (...) Er spielt uns einen Schein vor, der uns einlullt; eine Welt voller Trugbilder, in der die Legalität sich streng erhebt, so wie es die Büste eines spöttischen aber liebenswürdigen Lächelns macht, die gerade ihr Gesicht einem autoritären Diktator geliehen hat. Alles ist Schein... nur die organisierte Kriminalität und ihre Tentakel sind real.

Der Autoritarismus, den wir in Guatemala leben, geschaffen durch die organisierte Kriminalität und toleriert durch den privaten Sektor (...), muss den Rechtsstaat abschaffen. Der Rechtsstaat, dieses Resultat von über 200 Jahren menschlicher Anstrengung, wurde geschaffen, um die Personen vor den willkürlichen Bütteln des Autoritarismus zu schützen. Und das ist etwas, was die internationale Gemeinschaft nicht verstehen kann oder will. Nur die Zukunft wird uns sagen, ob ihre Haltung einer, wenn auch ignoranten, Fehleinschätzung geschuldet oder bequeme Komplizenschaft ist.

Der autoritäre Staat braucht rückschrittliche Gesetze, die jede gesetzliche Weiterentwicklung zu Gunsten der Menschenrechte oder des sozialen Fortschritts ausradieren. Er will keine politische Opposition, sondern will sie unterdrücken. Er will ein System der Straflosigkeit (...) während die Strafgewalt des

Staates im Dienst dieser Agenda steht. Der autoritäre Staat paralyisiert das Schutzsystem der Menschenrechte; legale Aktionen zu Gunsten dieses Systems oder anderer Rechte verkommen zu blosser, wenn auch notwendiger, Verzierung; sie soll die zukünftige Geschichtsschreibung schönfärben.

Der autoritäre Staat ist sehr effizient dabei, sich von der internationalen Gemeinschaft zu isolieren; er verspottet die Anwendung internationaler Prinzipien gegen die Straflosigkeit und der Menschenrechte, die letztlich auch nationales Recht sind. Der gleiche Staat hat die dazu gehörenden Verträge unterschrieben, aber das geht ihm am A... vorbei.

Die Büttel des autoritären Staates wissen, dass sie machen können, was sie wollen, ohne die Justiz fürchten zu müssen. Er hat sie kooptiert; sie wissen auch, wie sie der internationalen Gemeinschaft Angst einjagen, damit die den Mund hält. Diese Gemeinschaft weiss ihre Fahne in einen Wind zu halten, der ihr angenehm weich entgegenkommt; ein laues Lüftchen voller Bequemlichkeiten, solange er weht. Sie müssen nur jede wirkliche diplomatische Initiative für Demokratie, Rechte der indigenen Völker, Frauen, Kinder oder für die Rechte der LGBTQ Gemeinschaft in der Schublade ihrer Nachttische lassen, um daneben gut schlafen zu können. Der autoritäre Staat weiss, dass es reicht, auch mal zu brüllen und frech zu werden.

Es ist wichtig, uns zu erinnern, dass eine solide, gut organisierte Zivilgesellschaft Grundlage eines konsistenten Staates ist. Lassen wir uns nicht täuschen. Der autoritäre Staat will eine gespaltene, atomisierte und apathische Zivilgesellschaft; er weiss, dass nur eine organisierte Bevölkerung ihn überwinden kann. Nur sie kann dieser perversen und repressiven

Strafgewalt des autoritären Staates mit genügend moralischer und juristischer Kraft gegenübertreten.

Juristische Aktionen verlieren ihre Kraft im autoritären Staat. (...) Es herrscht Stille. Keine Institution, auch nicht die sog. Väter der Verfassung, der Präsident oder seine Minister erheben die Stimme; weder das oberste Gericht noch seine willfährigen Richter stellen sich vor die Menschenrechte. (...) Jetzt reicht es, die Stimmen der wenigen unabhängigen RichterInnen auszuradiieren, die noch im Land sind; und die des Ombudsmannes oder die der AnwältInnen, die versuchen die Spielregeln eines nicht existierenden Rechtsstaates zu verteidigen und die des Volkes, wo es noch seine Rechte verteidigt. Sie wollen die Opposition vernichten und Stille im Land haben.

Es ist extrem wichtig, dass die Funktionäre des autoritären Staates wissen, dass es noch unabhängige RichterInnen gibt, die uns die Hoffnung auf eine unparteiische Justiz erhalten; einen Ombudsmann, der unsere Rechte verteidigt oder AnwältInnen, die für die Regeln eines Rechtsstaates stehen. (...)

Ich glaube, dass es nach wie vor wichtig ist, legal und juristisch zu agieren, auch wenn wir wissen, dass wir keinen Erfolg haben werden. Solche Aktionen legen in der Zukunft legitimes Zeugnis von den Ungesetzlichkeiten des autoritären Staates ab und bereiten überzeugende Beweise vor, die in der Zukunft helfen, sein Agieren zu verfolgen und zu verurteilen.

Der Gebrauch der Strafgewalt, um die Opposition zu verfolgen, ist ein Akt der Feigheit; aber es ist das einzige Mittel, das er kennt, um zu überleben. Natürlich geht es nicht darum, die Zivilgesellschaft zu glorifizieren, sondern darum, zu verstehen, dass die demokratischen

Prinzipien überleben müssen und hier vor allem das Recht auf freie Meinungsäußerung. Der autoritäre Staat, krank und altersschwach wie er ist, begrenzt die freie Meinung und ihre Veröffentlichung. Er will die konstruktive Beziehung von Staat und Gesellschaft vernichten. (...)

Der autoritäre Staat spaziert gelassen durch die Welt, solange er auf die Hilfe der organisierten Kriminalität und des Unternehmertums zählen kann. Und die sind zufrieden, wenn er ihre Interessen verteidigt. Solange diese perverse Allianz geschmiert wird und die Decke für alle reicht, überlebt er. Aber immer kommt der Augenblick, in dem er dem Unternehmertum und oder der organisierten Kriminalität nicht mehr dienlich ist, zum Beispiel weil der die (externe oder interne) Justiz nicht mehr kontrolliert oder irgendeine andere Bedrohung auftaucht. Von da ab suchen sie neue Wege und Mittel und die könnten noch autoritärer sein.

Solange die privaten Unternehmer, seien sie national oder transnational, durch den Staat geschützt werden (Estor, Notizen 73) oder das organisierte Verbrechen frei und unbehelligt agieren kann (Mario Estrada, verschiedene Notizen 2020/21), werden sie den autoritären Staat stützen. Wenn das nicht mehr funktioniert, kommt die Angst wieder zum Vorschein und die grosse Liebe endet schnell. Das ist der Moment, wo neue Spinnennetze gewebt und Repressionsmechanismen geschärft werden und der autoritäre Staat zur Diktatur wird. Es ist nur ein kleiner Schritt und den könnten sie bald gehen; vor allem diejenigen, die jetzt noch von ihrer Macht besoffen sind. (...) Daher droht bei den nächsten Wahlen (2023) ein Wahlbetrug. Sein Gespenst geht seit Jahren um; es trägt einen Frack und schleicht durch die Nacht. Wir müssen es stellen und einen neuen Staat konstruieren,

der auf der Grundlage der Prinzipien der Gleichheit diejenigen beschützt, die immer marginalisiert und ausgeschlossen waren; der die Menschenrechte schützt und die Beziehung zwischen Staat und Gesellschaft rekonstruiert und anerkennt, dass wir ein plurinationaler Staat sind.“

Dieser Artikel von Ramón verlangt weder eine Zustimmung im Detail noch versucht er, den Weg aus der Katastrophe heraus zu zeichnen. Das geschieht an anderer Stelle. Aber er beschreibt, was wir leben und stellt es in einen Zusammenhang. Und vielleicht wächst ja langsam die Einsicht, dass die Zerrissenheit der Opposition und der eigene Protagonismus, der jeden linken oder demokratischen Sektor seine eigene Suppe löffeln lässt, dem autoritären Staat und seinen Interessen in die Hände spielt. Es braucht eine gemeinsame Front, die nicht in allem übereinstimmen muss, aber mindestens in den von Ramón genannten Prinzipien.

*Miguel Mörth*